

# Dresdner Volkszeitung

Hofschefenstraße Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Red.: Edm. Staatsmann, Dresden.  
Herausg.: Carl der Arbeiter, Anzeigebest.  
und Drucker, A. G., Dresden.  
Verleger: Carl der Arbeiter, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Das Blatt nur für den Abnehmer bestimmt. Es ist nicht über die Grenze zu versenden. Bei der Bestellung ist die Zahlung des Abonnements oder die Rückzahlung des Abonnements zu machen.

Verkaufspreis: 10 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig. Abonnementpreis: 300 Pfennig. Abonnementpreis für den Ausland: 400 Pfennig. Abonnementpreis für den Ausland: 400 Pfennig. Abonnementpreis für den Ausland: 400 Pfennig.

Dresden, Dienstag, den 10. März 1931

42. Jahrgang

Kein Köpferrollen - 120 Jahre Gefängnis

## Moskauer Schaengericht

### Stalins Justizkomödie gegen die Sozialdemokratie

C. Niga, 9. März. (Fig. Trahterbericht.)

Der Moskauer Schauprozeß gegen ehemalige Mitglieder des Unionsbüros der Menschewisten (Kadetten) wurden die Angeklagten Groman, Zher, Winesburg, Jakubowitsch, Petunil und Finnin je 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Die übrigen sieben Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen von 5 und 8 Jahren.

Der Urteil wurde nach 25stündiger Beratung des Gerichts gefällt.

Der Urteilsspruch wird u. a. angeführt, daß die Angeklagten als abgelehnt, ihre Schuld eingesehen und sich in dem Dienst des Sowjetregimes fühlten. Da die innerpolitische Lage der Sowjetunion sehr ernst sei, habe das proletarische Gericht von Todesurteilen abgesehen.

Der Schauprozeß wurde von Stalin zum Zweck der Propaganda für sein Diktatortum eingesetzt. Er hat allerseits bis zum Befehlenden herab geschallt. Staatsanwalt, Angeklagte und die ihre burgerschreienenden Rollen munternd gespielt. Die Angeklagten wurden in Worten - zehn Hörsachen voll, die sie ihren Brautern, da sie sich ja zur Stützung des Regimes "feierlich bereit erklärt haben. Allgemeines Ziel!

Moskauer Justizkomödie ist aber im Grunde die alte Tragödie, die der Bolschewismus der Welt herbeiführt. Dies tolle Spiel mit der Sozialdemokratie, dem internationalen Sozialismus zum Zweck der Diskreditierung der sozialistischen Bewegung ist das ganze Theater unternommen. Man ließ durch "Geständnisse" ehemalige Sozialisten behaupten, daß die Sozialistische Internationale und vor allem die verhasste deutsche Sozialdemokratie das bolschewistische Regiment mit Gewalt einen Interventionskrieg der imperialistischen Welt herbeiführen und in Russland das kommunistische System einführen wollten. W! Von kommt es, wenn man diese Reichsjuden in ihrer Blumphe auch nur wiedergeben soll. Diese

flüchtigen Verleumdungen wurden jedoch im Prozeß zehn Tage lang "bewiesen".

Nachdem die "Angeklagten" durch endlos lange Gatt und die herlichstigen Vernehmungsmethoden der GPU genügend präpariert und ihnen ihr bedrohliches Leben verichert war, funktionierten sie vor Stalins Justizbedienten wie Automaten, "gestanden" alles und noch mehr. Bieten zu ihren vorher präparierten "Geständnissen" auch dann, wenn ihre Unmöglichkeit durch Tatsachen und Erklärungen der Sozialdemokraten erwiesen wurde. So sollte das Spiel bis zum Niederfallen des Vorhangs in bolschewistischer Meisterregie munternd ab. Die Sozialdemokraten der Welt sind nun "gerichtsnotorisch" als "Sozialfaschisten" "entlarvt". Es lebe der Bolschewismus! Es lebe Stalin!

### Das Volk belogen und betrogen

D. Berlin, 10. März. (Fig. Funk.) Der Sowjet-Schreibt zu dem Urteil in dem Moskauer Schauprozeß:

„Die blöden Verleumdungen, die im Verlauf dieses Schauprozeses gegen die deutsche Sozialdemokratie und gegen die Sozialistische Arbeiterinternationale geschleudert worden sind, berühren uns nicht. Sie entsprechen nur dem bekannten moralischen Niveau kommunistischer Propaganda. Sie sind nicht das Schlimmste an diesem Prozeß, in selbst der faktischste Inzident und theatralisch aufgesetzte Justizmord, der durch ihn verübt worden ist, ist noch immer nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist, daß ein ganzer Volk so belogen werden kann. Wir erheben gegen die gegenwärtigen Machthaber Russlands die Forderung, daß sie das russische Volk bewußt belügen und betrügen. Die gegenwärtigen Machthaber Russlands nennen sich Revolutionäre und berufen sich auf das Recht der Revolution. Wir jedoch vermögen Lüge, Volksbetrug und Justizmord als erlaubte Waffen der Revolution nicht anzuerkennen. Wir verstehen unter einer Revolution eine Bewegung, die der Wahrheit, der Freiheit, der Menschlichkeit Wahn bricht. - Wo Lüge und Rechtschaffen herrschen und wo die Menschlichkeit so zu Boden getreten wird, herrscht nach unseren Begriffen nicht Revolution, sondern Reaktion.“

### Einig mit den deutschen Großindustriellen

C. Niga, 10. März. (Fig. Funk.) Die deutschen Großindustriellen, die auf Einladung der Sowjetregierung etwa 14 Tage lang in Moskau verblieben, haben Moskau am Montagabend verlassen und dürften am Dienstag in Berlin eintreffen.

Die russische Regierung und die Industriellen haben über das Ergebnis ihrer Verhandlungen eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß die Ausprache zu beiden Seiten befriedigenden Ergebnissen geführt habe, und zwar gerade das hinsichtlich einer Reihe von Feldern, die sich in dem bisherigen Auslandsverkehr trafen hätten, wie auch für die grundsätzliche grundsätzliche Ausprache über ziemlich bedeutsame neue russische Bestimmungen.

### Die Osthilfe im Reichsrat

#### Ausdehnung auf Sachsen

Der Reichsrat beschloß am Montag mit Stimmenmehrheit das Osthilfengesetz.

Die von dem zuständigen Ausschuss des Reichsrats an dem Gesetz vorgeschlagenen Veränderungen bzw. Erweiterungen wurden von dem Plenum des Reichsrats angenommen. Danach werden Schleswig-Holstein und die Provinz der Elbe gelegenen Teile der Provinzen Sachsen und der Länder Sachsen, Anhalt und Thüringen in den räumlichen Bereich der Osthilfe einbezogen. Der bayerische Antrag auf Einbeziehung der bayerischen Ostgrenze wurde abgelehnt.

Der Vertreter Litauens, der deutschnationaler Freireichler v. Gahl, zeigte sich wieder einmal als reiner Parteibestrebter. Er erklärte, daß das Osthilfengesetz freilich die Wohlhabenheit der in Litauen lebenden Russen zu heben. Jedoch sei es nach eingehender Prüfung der Sachlage zu der Überzeugung gekommen, daß es bei aller Anerkennung der Absichten aller beteiligten Stellen die Verantwortung für das Gelingen vor seiner Deutung und vor seinem Gelingen nicht mittragen könne. Er wolle aber auch nicht gegen das Gesetz stimmen, da es dem Osten wenigstens eine gewisse Hilfe bringen könne, und werde sich deshalb der Stimme enthalten. Reichsminister Trepschmann erwiderte dem deutschnationalen Freireichler sofort, daß die Reichsregierung mit dem vorliegenden Osthilfengesetz bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Trotzdem nahm sich der Vertreter der Provinz Brandenburg, ebenfalls ein deutschnationaler Freireichler, die Haltung seines deutschnationalen Parteifreundes aus Litauen zum Vorbild, in dem er auch erklärte, daß er der Vorlage nicht zustimmen könne, da sie den Wünschen seiner Provinz nur unvollkommen Rechnung trage.

Das Gesetz wurde trotz der Obstruktion der deutschnationalen Provinzvertreter angenommen.

Vorher erklärte Reichsminister Trepschmann noch, die Reichsregierung wolle die an der tschechischen Grenze liegenden tschechischen Gebiete nicht schlechter behandeln als die bayerischen Gebiete an der tschechischen Grenze.

## Monatlich 44000 M. für nichts!

### Die Diätengauerei der „Nationalen Opposition“ Was zahlten sie an die Arbeitslosen?

### Viele gegen Eugenberger

Eugenberger, der seine Partei weiterhin von althergebrachten Wege zur anderen führt, hat am Sonntag Parteitag einer deutschnationalen Provinzgruppe seinen Parteifreund und jetzigen Reichsernährungsminister Schiele vorgeworfen, vor der Auflösung des Reichspräsidenten des Reichspräsidenten und vor allem die verhasste deutsche Sozialdemokratie das bolschewistische Regiment mit Gewalt einen Interventionskrieg der imperialistischen Welt herbeiführen und in Russland das kommunistische System einführen wollten. W! Von kommt es, wenn man diese Reichsjuden in ihrer Blumphe auch nur wiedergeben soll. Diese

Mit großem Getöse suchen die Nazis ihre Leser darüber hinwegzutäuschen, daß ihre Abgeordneten gegenwärtig unverdient Diäten kassieren und den Arbeitslosen ein Geschenk vorgegaukelt haben. Die sozialdemokratische Presse hing vor kurzem die Mitteilung der Reichsverwaltung des Reichstags über, wonach alle nationalsozialistischen Abgeordneten die ihnen am 1. März überwiesenen Reichstagsdiäten prompt in Empfang genommen und behalten haben, obwohl sie seit dem 10. Februar an den Reichstagsarbeiten nicht mehr teilnehmen.

Das Blättchen der tschechischen Nazis, das Organ des Reichstagsabgeordneten Rutschmann, sucht die ganze Geschichte durch unständlichen Schwindel zu vernebeln. Es behauptet, keine der roten Gattinnen habe dazu gesagt, wie sich die Diäten verteilen oder genauer: wie sie berechnet werden und was sie (die Nazis) den Arbeitslosen verschulden haben. Rutschmanns Revill läßt hier wieder mal dreißig drauflos. Die Dresdner Volkszeitung hat am 5. März die Art der Verrechnung und das Verhalten der Nazis an erster Stelle sehr deutlich erklärt. Setzen wir diesmal das her, was das Organ des Reichstagsabgeordneten Rutschmann zugestehen muß:

Das Naziorgan stellt fest, daß jeder Nazi-Abgeordnete für den Monat März 32 100 M. ab. Es bleiben zwar nach der Behauptung des Rutschmann-Blättchens für jeden Nationalsozialisten 450 M. für die restliche Reichstagsperiode in der Reichskasse, aber die Nazis wissen genau,

daß diese Gelder nicht ausgezahlt werden können, sondern der Reichskasse gehören und damit ohnehin dem Fiskus, aus dem für die Sozialpolitik geschöpft wird. Das gilt für die Zeitlage jedes Abgeordneten.

In die Taschen der Nazis dagegen gelangen Gelder, die im Laufe weniger Monate über 100 000 M. machen, ohne daß die Nazis die Arbeit leisten, zu der sie nach der Verfassung verpflichtet sind. Was geschieht mit diesen Geldern?

Die Arbeitslosen warten darauf, daß ihnen diese von den Nazis unrechtmäßig ergaunerten Summen zugewiesen werden.

Rechnet man die kassierenden Deutschnationalen zu den kassierenden Nazis, so ergibt sich, daß der allgemeine Staatskassel von 148 Abgeordneten im monatlich rund 44 000 Mark anprellt wird. Rechnet man die Februar-Zuwanderer dazu, so neht dieser Betrag bereits in die 80 000 Mark. Im nächsten Monat übersteigt er die 100 000 Mark. Solange die laubere Firma Hitler, Eugenberger u. Co. sich von der Reichsarbeit und von der Verantwortlichkeit drückt, wird immer wieder die Frage erhoben werden: Wann werden sie den Arbeitslosen endlich die unrechtmäßig erworbenen, ergaunerten Summen überweisen und damit dem Volke zurückgeben, was sie dem Volke kassieren?!

Zu denen, die sich an dieser Art Diätenwinderei und Diätengauerei beteiligen, gehören in den drei tschechischen Wahlkreisen die nazistischen Abgeordneten Rutschmann, Dr. Feder, Dr. Grawe, Straßer und die deutschnationalen Abgeordneten Oberfinanzrat Dr. Bang und Hof- und Temprediger G. Töring.